

- gangspunkt der Krisenprozesse 1969/70?, in: Cerny, J. (Hg.), Brüche – Krisen – Wendepunkte: Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 247–253
- STEINER, André, Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49/50 (1993), S. 32–39
- SUCKUT, Siegfried, Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945–1948). Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzepts der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, Frankfurt/M. 1982
- TATZKOW, Monika/HENICKE, Hartmut, „... ohne ausreichende Begründung ...“. Zur Praxis der „Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“ in der SBZ, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen 4 (1992), S. 182–189
- TATZKOW, Monika/HENICKE, Hartmut, Steuerkrieg gegen Privatunternehmer. Zu Enteignungsmethoden in der DDR im Zeitraum 1950 bis 1953, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen 5 (1992), S. 254–260
- THALHEIM, Karl C., Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftssystems der DDR nach dem II. Weltkrieg, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 17–25
- THALHEIM, Karl C., Ordnungspolitische Aspekte der heutigen Wirtschaftspolitik der DDR, in: Deutschland Archiv 5 (1984), S. 509–527
- THALHEIM, Karl C., „Perestrojka“ auch jetzt noch nicht in der DDR, in: Die Wirtschaftspolitik der Ära Honecker – ökonomische und soziale Auswirkungen, Teil III, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1989, (= FS-Analysen 3–1989), S. 41–67
- THALHEIM, Karl C., Reformbedarf und Reformfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 160–163
- THALHEIM, Karl C., Die Wirtschaftspolitik der DDR im Schatten Moskaus, Hannover 1979
- ULRICH, Rolf, Die Bankenenteignung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, in: Wertpapier-Mitteilung, Teil 4, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht 46 (1992), S. 633–639
- VOLZE, Armin/KUPPE, Johannes L., Doktor Schalck. Analyse einer Geheimdissertation, in: Deutschland Archiv 6 (1993), S. 641–657
- WOLF, Herbert, Hatte die DDR je eine Chance? Der ehemalige Wirtschaftszar Günter Mittag „enthüllt“ die ökonomischen Probleme der Vergangenheit, Hamburg 1991
- WOLF, Herbert, Impulse und Fehlleitungen der DDR – Alternative im Spannungsfeld der Entwicklung der Systeme, in: Keller, Dietmar/Modrow, Hans/Wolf, Herbert (Hgg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 2, Bonn/Berlin 1994, S. 9–50
- ZANK, Wolfgang, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: Broszat, M./Weber, H. (Hgg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 253–296
- ZANK, Wolfgang, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987

E. Zusammenfassung

Unmittelbar nach Kriegsende leitete die Sowjetunion im Zuge der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ ihrer Besatzungszone Maßnahmen zur Umgestaltung der überkommenen Eigentums- und Lenkungsordnung der Wirt-

schaft ein, mit denen die Voraussetzungen für das Entstehen einer zentralen Planwirtschaft nach sowjetischem Modell geschaffen wurden. Sie schuf damit zugleich die ökonomische Grundlage der SED-Diktatur: Das durch massive Enteignungen entstandene „sozialistische Eigentum“ an den Produktionsmitteln, das de facto Staatseigentum war, und die zentral-administrative Planung und Leitung der Volkswirtschaft nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ waren zwei grundlegende Voraussetzungen für die politische und gesellschaftliche Durchsetzung der „führenden Rolle“ der SED.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau mit Hilfe des planwirtschaftlichen Systems wurde durch die politisch bedingte Abtrennung der SBZ/DDR von gewachsenen Wirtschaftsstrukturen und durch die hohen Reparationen an die Sowjetunion erheblich erschwert. Nachdem das Befehls- und Bewirtschaftungssystem der unmittelbaren Nachkriegszeit Anfang der 50er Jahre zu einer zentralisierten Planwirtschaft ausgebaut worden war, trat jedoch deutlich hervor, daß vor allem systemimmanente Konstruktionsfehler für die Leistungsschwäche dieses Wirtschaftssystems ausschlaggebend waren. Die Kernprobleme der zentralen Planwirtschaft lagen in der „weichen Budgetbeschränkung“ der volkseigenen Betriebe, in der direktiven Planorientierung allen wirtschaftlichen Handelns und dem Fehlen eines konsistenten, mit dem Weltmarkt korrespondierenden Preissystems.

Auch die SED erkannte diese planwirtschaftlichen Mängel und unternahm zahlreiche Versuche, sie zu beheben; sie war jedoch nicht bereit, ihre politische Herrschaft durch wirtschaftliche Reformen zu gefährden.

Hoffte die SED zunächst, die bestehenden Mängel mit besserer Planung und partiellen, vor allem organisatorischen Änderungen beseitigen zu können, ohne von ihrem primär ideologisch ausgerichteten wirtschaftspolitischen Kurs abweichen zu müssen, so sah sie sich angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Probleme zu Beginn der 60er Jahre gezwungen, einen grundsätzlichen Reformversuch zu wagen.

Ziel des 1963 eingeführten „Neuen Ökonomischen Systems“ war es, eine Wirtschaftspolitik mit mehr ökonomischer Rationalität durchzusetzen, gleichzeitig aber die „führende Rolle“ der SED zu erhalten. In wirtschaftlichen Teilbereichen verzichtete die SED jetzt auf ihr Machtmonopol und ließ mehr wirtschaftlichen Sachverstand, mehr dezentrale Entscheidungskompetenzen zu, noch bevor sich die Reform aber auch auf andere Bereiche der Gesellschaft – z. B. die Kultur oder das Bildungswesen – auswirken konnte, mußte sie infolge einer überzogenen Strukturpolitik 1970/71 abgebrochen werden. Ob das ursprüngliche Reformkonzept des „Neuen Ökonomischen Systems“ tatsächlich ein echtes „Alternativpotential“ zur zentral-administrativen Planwirtschaft enthielt, und bei konsequenterer Umsetzung langfristig zu einer stabilen, marktorientierten Planwirtschaft, oder gar einer allmählichen Systemtransformation hätte führen können, bleibt eine spekulative Frage.

Festzuhalten ist, daß die SED de facto unter der Führung Honeckers zu einer vornehmlich von politisch-ideologischen Zielen bestimmten zentralstaatlichen Wirtschaftslenkung zurückkehrte.

Sie tat dies, ohne zur Bekämpfung der sich bald wieder in aller Deutlichkeit zeigenden systembedingten Mängel der zentralen Planwirtschaft und für die Ziele der von ihr proklamierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ein echtes wirtschaftspolitisches Konzept zu besitzen.

Nachdem zu Beginn der 70er Jahre „einheitlich sozialistische Produktionsverhältnisse“ hergestellt worden waren, versuchte die SED unter dem wachsenden außenwirtschaftlichen Druck der folgenden Jahre, vor allem mit forcierter Kombinatbildung mehr volkswirtschaftliche Effektivität zu erzielen. Doch mit dem so einheitlich-zentralistisch „vervollkommeneten Wirtschaftsmechanismus“ verschärfte sie die Mängel, die sie eigentlich beheben wollte, noch zusätzlich.

In den 80er Jahre verwandelte sich die Planwirtschaft der DDR zunehmend in eine zentraloperative Verwaltung des Mangels, begleitet von einer umfangreichen „Schattenwirtschaft“. Zwar gelang es der SED, ihr Wirtschaftssystem durch den gezielten Einsatz politisch bedingter Faktoren zunächst zu stabilisieren, doch engte sich letztlich durch die Verweigerung jeglicher wirtschaftlicher Reform auch ihr politischer Spielraum immer mehr ein: Sie geriet in massive finanzielle Abhängigkeit zum „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“, insbesondere zur Bundesrepublik, und manövrierte sich auch im RGW in eine wirtschaftliche Sackgasse.

Als es im November 1989 unter dem Druck der Bevölkerung schließlich zur Maueröffnung kam, war damit nicht nur das politische, sondern auch das ökonomische Ende der DDR vorgezeichnet.